

Interview
27. April 2022

Friedbert Meurer im Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff, FDP

Friedbert Meurer: Russland will ab heute schon seine Gaslieferungen an Polen und Bulgarien einstellen und damit tritt ein Szenario ein, das wir hier in Deutschland eher für unwahrscheinlich gehalten haben. Es wurde ja darüber diskutiert, dass wir kein Gas mehr importieren sollen aus Russland, aber jetzt dreht Moskau den Spieß um. Nicht der Westen verhängt ein Embargo, sondern Russland dreht den Gashahn zu.

Am Telefon begrüße ich den Fraktionsvize der FDP-Bundestagsfraktion, Alexander Graf Lambsdorff. Guten Morgen, Graf Lambsdorff.

Alexander Graf Lambsdorff: Einen schönen guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Das, was wir jetzt aus Warschau und aus Moskau hören, kein Gas mehr für Polen und Bulgarien, ist das auch eine Drohung an uns in Deutschland?

Graf Lambsdorff: Es ist ein Signal, dass man in Moskau verstanden hat, dass sich hier die Dinge wirklich massiv ändern, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – und bei Polen und Bulgarien handelt es sich bei beiden um EU-Mitgliedsstaaten – erklärt haben, sie wollen sich von russischen Energieimporten unabhängig machen. Im Grunde ist es so, dass man aus Moskau dem polnischen Kunden, der bereits den Laden verlässt, noch einmal ein paar schmutzige Worte hinterherruft und ihn unfreundlich verabschiedet. Aber Polen war ohnehin auf dem Weg, genau wie andere EU-Staaten auch, die Beziehungen, die Lieferbeziehungen zu Russland zu beenden.

Meurer: Sie sagen, das ist ein Signal, aber nicht in der Richtung, dass wir in Deutschland aufpassen sollen, dass das uns auch passieren könnte?

Graf Lambsdorff: Doch! Aber es ist ja so, dass es kein Zufall ist, dass diese Verkündung genau an dem Tag stattfand – und insofern gibt es einen Deutschland-Bezug -, an dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ja in Polen war und dort erklärt hat, zu Recht, dass relativ bald ein Ölembargo von Deutschland gegenüber Russland – und da zitiere ich jetzt den Minister – „handhabbar“ wäre. Das war ja genau am selben Tag eine Verkündung. Man muss wissen, dass bei uns die Diskussion sich sehr um das Gas dreht, aber für die russischen Staatseinnahmen das Öl erheblich wichtiger ist, und eine solche Ankündigung des deutschen Wirtschaftsministers, die hat man in Moskau aufmerksam gehört, und ich glaube, man wollte mit dieser Verkündung gegen Polen in der Tat, Herr Meurer, da stimme ich Ihnen zu, ein Signal auch an Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten senden.

Meurer: Wir müssen in der Tat konstatieren, Graf Lambsdorff, dass Moskau schon mehrfach andere Ziele über wirtschaftliche Ziele gesetzt hat. Wie groß ist die Gefahr, dass uns das auch blüht mit dem Gashahn?

Graf Lambsdorff: Ich glaube, diese Gefahr ist da. Wenn wir als Deutschland uns langsam verabschieden, und bei der Kohle haben wir das ja bereits beschlossen am 7. April im Rahmen der Europäischen Union. Und beim Öl sehen wir ja alle, wie Robert Habeck durch die Welt fährt, um andere Quellen aufzutun, und gleiches gilt für das Gas. Sobald wir uns dem Punkt nähern, an dem wir von russischen Lieferungen unabhängig sind, muss man mit so etwas rechnen, mit solchen politischen Gesten. Wir sollten uns aber davon nicht einschüchtern oder gar nervös machen lassen. Wir sind sowieso auf dem Weg, uns von diesen Lieferungen zu verabschieden, und die Frage ist dann in der Tat, ist das nicht ein Hinterherrufen einiger Parolen hinter Kunden, die ohnehin den Laden gerade verlassen?

Meurer: Graf Lambsdorff, wir sind vielleicht nicht nervös, aber die deutsche Wirtschaft ist es. Was wäre, wenn Russland ernstmacht in den nächsten Monaten?

Graf Lambsdorff: Dann müssten wir die LNG-Terminals in Westeuropa stärker ausnutzen, insbesondere Rotterdam. Aber es ist ja auch kein Zufall, dass gestern die Absprache getroffen wurde, dass LNG auch in Swinemünde anlanden kann, auf der polnischen Seite. Ein Problem hat Deutschland in der Tat und das ist, dass die letzte Bundesregierung es versäumt hat, deutsche LNG-Terminals zu bauen. Das wird jetzt schneller geschehen, wir haben es ja gerade gehört. Wir brauchen diese LNG-Infrastruktur für Flüssiggas, mit dem wir das Pipeline-Gas ersetzen können. Das kann zu einigen Monaten der Verwerfungen führen, aber die strategische Grundrichtung der Ampel-Koalition ist an dieser Stelle sowieso klar.

Meurer: Sie sagen, das Timing ist vielleicht nicht ganz zufällig, es sei eine Antwort darauf, dass die Bundesregierung sich entschieden hat, Gepard-Panzer an die Ukraine zu senden. War das die richtige Entscheidung? Ist das die richtige Entscheidung mit den Gepard-Panzern, mit denen man eigentlich nicht so recht gerechnet hat? Das kam doch überraschend.

Graf Lambsdorff: Ja, Herr Meurer, aber ein Missverständnis möchte ich ausräumen. Ich glaube, dass die russische Entscheidung, was das Embargo jetzt gegen Polen beim Gas angeht, nichts mit der deutschen Waffenlieferungsentscheidung zu tun hat. Ich glaube, sie hat wirklich eher mehr damit zu tun, dass Robert Habeck auch auf dem Feld der Energiepolitik ein Signal nach Moskau gesendet hat, dass wir demnächst auch aus dem russischen Öl aussteigen. Ich glaube, hier ist der innere sachliche Zusammenhang.

Die andere Debatte, die wir führen über die Waffenlieferungen, verfolgt man in Moskau auch, aber ich muss sagen, da sind mir die Reaktionen, ehrlich gesagt, gar nicht so wichtig, denn hier geht es bei diesen Entscheidungen darum, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine aufzuhalten, dieser Offensive Einhalt zu gebieten, Kriegsverbrechen zu verhindern, zu einem Waffenstillstand zu kommen. Das sind alles Ziele, die, glaube ich, mit der Entscheidung zur Lieferung der Gepard-Panzer zusammenhängen, und das sind Entscheidungen, bei denen die Ampel morgen im Deutschen Bundestag einen Antrag verabschieden wird, der das Ganze noch einmal deutlich machen und in einen Kontext stellen wird.

Meurer: Der Kanzler will einen Weltkrieg verhindern und einen Atomkrieg. Spielen diese verbalen Äußerungen aus Moskau für Sie keine Rolle? Kann man da rücksichtslos auf solche Äußerungen hin Panzer liefern an die Ukraine?

Graf Lambsdorff: Wissen Sie, Herr Meurer, in der sowjetischen Militärdoktrin – und das hat sich in der russischen Militärdoktrin fortgesetzt – gibt es den Begriff der sogenannten Reflexkontrolle. Man schaut sich an, wovor hat ein kritisch eingestelltes Land, vielleicht sogar ein gegnerisches Land, besondere Angst, und dann erwähnt man immer genau die Begriffe, die in bestimmten Ländern bestimmte Reaktionen erzeugen. Genauso macht es die russische Seite. Sie stellt bestimmte Schreckensszenarien ins Schaufenster, die dann dafür sorgen sollen, dass die Unterstützung für die Ukraine aus dem Westen heraus abgeschwächt wird.

Meurer: Und der Kanzler fällt darauf herein?

Graf Lambsdorff: Ich glaube, dass er schon Recht hat, wenn er das aufnimmt und anspricht, weil in der deutschen Bevölkerung eine gewisse Nervosität entsteht, angesichts solcher russischen Äußerungen, und natürlich ist es richtig, dass diese Bundesregierung alles dafür tun wird, dass die NATO nicht in den Krieg hineingezogen wird. Auch das steht ja in dem Antrag, den wir morgen im Bundestag verabschieden wollen. Aber wir dürfen uns auf der anderen Seite auch nicht ins Bockshorn jagen lassen, wenn es darum geht, die Ukraine mit konventionellen Waffen zu unterstützen. Das braucht sie in diesem Moment und da hat die Ampel-Koalition, wie ich finde, jetzt eine mutige Entscheidung getroffen, übrigens eine Entscheidung – und das ist wichtig – die wir gemeinsam mit den Verbündeten getroffen haben. Es gab ja das große Treffen der Verteidigungsminister in Ramstein gestern und das war eine abgesprochene Maßnahme im Rahmen der NATO.

Meurer: Es geht ja alles rasend schnell.

Graf Lambsdorff: Ja.

Meurer: Jetzt sind die Gepard-Panzer beschlossen worden, von denen es heißt, sie seien eine Abwehrwaffe. Andere sagen, sie können auch für Angriffszwecke benutzt werden. Steht das nächste Thema direkt vor der Tür, Lieferung von Kampfpanzern?

Graf Lambsdorff: Wenn Sie sich den Gepard mal anschauen auf einem Bild, dann sehen Sie diese zwei Flugabwehrkanonen. Und wie der Name schon sagt: Es handelt sich um Flugabwehrkanonen, die nach oben gerichtet sind gegen einfliegende Kampfflugzeuge. Wie man auf die Idee kommt, der Gepard sei eine Angriffswaffe, das ist mir, ehrlich gesagt, schleierhaft.

Meurer: Man kann damit eine Wagenkolonne beschießen, heißt es.

Graf Lambsdorff: Richtig, eine Wagenkolonne, die auf eigenes Territorium vielleicht fährt, aber das ist nicht sein Hauptzweck. Der Hauptzweck ist ganz klar: Kontrolle des eigenen Luftraumes. Und das ist eines der Themen, um das uns die Ukraine ja mehrfach und völlig zurecht gebeten hat. Die Frage nach Kampfpanzern, jedenfalls im Moment, wird im Kreis der Alliierten noch anders diskutiert. Wir diskutieren den Leopard hier in Deutschland, den Leopard 1A5. Aber wenn ich mir die Verbündeten anschau, stelle ich fest, dass kein Verbündeter bisher Kampfpanzer westlicher Bauart geliefert hat, keinen französischen Leclerc, keinen britischen Challenger, keinen amerikanischen M1 Abrams. Diese Kampfpanzer-Diskussion wird auch mit den Verbündeten gemeinsam zu führen sein. Am Ende des Tages, wenn es gelingt, der Ukraine ihre staatliche Existenz zu garantieren, indem sie sich gegen diesen Angriffskrieg erfolgreich zur Wehr setzt, dann kann man auch über solche Maßnahmen reden, aber an dem Punkt sind wir jedenfalls im Moment noch nicht.

Meurer: Noch kurz: Der Beschluss mit den Gepard-Panzern, hat der auch den Vorteil, dass die Ampel sich morgen im Bundestag nicht mehr von der Union vorführen lassen kann?

Graf Lambsdorff: Die Ampel wurde nicht vorgeführt. Der Antrag der Union war ein schnell hingeschriebenes, sehr dünnes Papierchen. Was die Ampel dagegen vorlegen wird, ist wirklich ein ganz umfassender Ansatz zur Unterstützung der Ukraine. Sie ist das Opfer in diesem schrecklichen Krieg. Sie hat keinerlei Provokation begangen und doch sind auf ihrem Territorium jetzt tausende von feindlichen Soldaten unterwegs. Es werden Kriegsverbrechen begangen. Ich finde es an der Stelle völlig richtig, dass wir als Deutschland da unterstützen, und ich kann nur sagen aus Sicht der Freien Demokraten, auch aus Sicht der Ampel-Koalition insgesamt, ich würde mir wünschen, dass CDU und CSU bei unserem Antrag mitstimmen. Es wäre ein starkes Signal, wenn der Deutsche Bundestag hier mit allen demokratischen Kräften gemeinsam abstimmen und vereint stehen würde.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.